

Kosmas Psychopedis Antinomien der Wissensgesellschaft

Die Konzeption einer „Gesellschaft des Wissens“ wird vielfach mit Vorstellungen der Unsicherheit, der Indeterminiertheit, der Kontingenz, der Instabilität, der Flexibilität etc. von sozialen Lagen und Handlungsabläufen in modernen Gesellschaften in Zusammenhang gebracht. Hier scheint eine relativistische Denkweise zum Ausdruck zu kommen, die allerdings auf sozio-ökonomische Systemzwänge zurückführbar ist. Sie gibt auf jeden Fall Anlaß zu versuchen, den Relativismus und die entsprechenden gesellschaftlichen Praktiken zu „überlisten“ und dem emanzipatorischen Potential, das in diesen Denkweisen und Praktiken enthalten sein mag, nachzuspüren. Dies würde natürlich bedeuten, daß man gleichzeitig mit der Umformulierung von Begriffen, wie Kontingenz und Indeterminiertheit, auch die Werte näher bestimmen müßte, aus deren Nicht-Vollzug Lagen der Kontingenz, Indeterminiertheit etc. entstehen. Unbestimmt und kontingent z.B. sind Beziehungen, die Solidarität und Kooperation verunmöglichen und die Akteure aus der Verantwortung ausschließen. Wirklich flexibel ist die Arbeit, die nicht-mechanisch ist, die interessant ist und Spaß macht.

Was not tut, in Theorie und Praxis, ist gegenüber den Gefährdungen, die die neuen Organisationsformen der Gesellschaft mit sich bringen, neue Formen der Solidarität zu erfinden. Die Menschen erfahren, daß die neuen Formen der Gesellschaftsorganisation ständig auf das angewiesen sind, was sie selbst, indem sie Atomisierung und Konkurrenz institutionalisieren, systematisch ausschließen, d.h. nämlich Dialog, Beteiligung und kollektive, erfinderische Tätigkeit – gerade also das, was den Akteuren „wert“ ist. Hier ergibt sich eine Reihe von Antinomien, die sich insbesondere als Antinomien der Gesellschaft des Wissens ausweisen:

Der Begriff der Wissensgesellschaft bezieht sich auf eine Gesellschaft, in der Wissen mit immenser, in der menschlichen Geschichte zum ersten Mal möglich gewordener Geschwindigkeit produziert und verbreitet wird, in der aber die Akteure in soziale Beziehungen eingeflochten sind, die ihnen die Kontrolle über Voraussetzungen und Konsequenzen des Gebrauchs von Wissen entziehen. Gefahr, die durch den Wissensgebrauch entsteht, Unwissen, Herrschaft, die sich durch Wissen reproduziert, und Zerstörung von Wissen koexistieren mit der enormen Verbreitung von Wissen, während Mangel an Soli-

darität und Mißtrauen den Wert dessen, was wir wissen, relativieren.

Die neuen Formen der Arbeitsorganisation orientieren sich an Wissen und Lernen, durch die eine flexible Anpassung an die sich wandelnden Arbeitsmärkte gewährleistet werden kann. Die Gesellschaftsmitglieder gehen aber dadurch mehr Risiken ein, da die traditionellen Formen der Sicherung der Beschäftigungsplätze abgeschwächt werden bzw. ganz entfallen. Dies ist der Preis der neuen Autonomie, der Entwicklung von Kreativität und Freiheit, die für die Akteure destruktiv werden kann, wenn sie nicht von neuen Formen einer demokratischen Gesellschaftsorganisation, von der Durchsetzung neuer sozialer Rechte und neuer Formen kollektiver Sicherung der gesellschaftlichen Arbeit begleitet wird. Hinzu kommt die in der Wissensgesellschaft zu beobachtende Tendenz, daß die Konsumenten vermittels der Information, die sie ständig über ihre Präferenzen liefern, und durch die Inanspruchnahme von auf den neuen Technologien basierenden Informationskanälen, die Produktionsprozesse ständig mit beeinflussen. Wechselwirkung, Austausch von Interpretationen und Bewertungen scheinen nunmehr die Art zu sein, wie Wissen in sozio-ökonomische Praktiken integriert wird und sie gestaltet. Hier ergibt sich aber die Antinomie zwischen einerseits den Möglichkeiten der gesellschaftlichen Emanzipation, die diese neuen Realitäten entstehen lassen, und andererseits den Praktiken der Kommerzialisierung der Formen des gesellschaftlichen Lebens und der Praxis durch das privatwirtschaftlich organisierte Handeln, die vor allem eine Kommerzialisierung des Wissens selbst implizieren.

Wissen, Nicht-Wissen, Glauben

Besondere Probleme ergeben sich u.a. bei der Frage nach der antinomischen Beziehung von Wissen und Glauben in heutigen Gesellschaften. Mit der Relativierung der traditionellen Systeme von Glaubensinhalten, die in den modernen Gesellschaften der Konkurrenz und der Vereinzelung erfolgt, treten an die Stelle der traditionellen Werte die zweckrationalen Kalkulationen der Akteure über das Verhältnis beliebiger Zwecke zu den optimalisierten Mitteln ihrer Durchsetzung. Diese Kalkulationen betreffen Wissen und Wissen über Wissen, ohne in der Regel höher geordnete Kriterien der Richtigkeit moralisch-politischer Art einzubeziehen – was zunächst die Effizienz des Handelns zu steigern scheint, aber gleichzeitig zur Unsicherheit und Instabilität des gesellschaftlichen Wertegefüges führt. Dies kann dazu führen, daß enorme Destruktivkräfte befreit werden, die sich vermittels des Wissens, das sich in der Geschichte der Menschheit akkumuliert hat, durchsetzen. Korrelativ zu diesen Destruktivkräften treten rigide dogmatische Glaubenssysteme auf, die die Möglichkeit, Wissen kritisch-reflexiv anzuwenden,

systematisch destruieren.

Nicht zu übersehen ist eine Dimension der Problematik des Wissens in der modernen Gesellschaft, die sich auf die Dialektik von Wissen und Nicht-Wissen bezieht. Es scheint, daß nicht nur Wissen, sondern auch Nicht-Wissen eine notwendige Reproduktionsbedingung des modernen sozio-ökonomischen Systems darstellt. Die moderne Gesellschaft, in der Handeln erst nachträglich vermittelt privater Entscheidungen koordiniert wird, ist als antinomische dadurch charakterisiert, daß sie gleichzeitig Gesellschaft des vollständigen Wissens (die Unternehmen sammeln soviel Information wie möglich über ihre Umgebung) und Gesellschaft des vollständigen Nichtwissens ist (die Unternehmen verheimlichen soviel wie möglich Information von ihren Konkurrenten, versuchen sie in die Irre zu führen etc.). Auch wird ein Teil des Wissens, das die einzelnen Phasen des Reproduktionsprozesses vermittelt, systematisch zerstört und durch anderes ersetzt, das Produkt hochentwickelter Technik ist (vor allem in dem Bereich der genetischen Forschung) und monopolistisch verwaltet wird (vgl. das Zurverfügungstellen von Saatgut ausschließlich durch die Multis in der Agrarproduktion).

Eine charakteristische Antinomie der Gesellschaft des Wissens ergibt sich bezüglich des Verhältnisses von Wissen und Nichtwissen in Politik und Ökonomie: Es ist ein Merkmal der nach- Keynesschen Ära, daß ein großer Teil der Sozialwissenschaftler heute erklärt, daß wir in Wirklichkeit über kein verbindliches Wissen über Gesellschaften verfügen, sie nicht rational beschreiben können. Auf dieser Grundlage leugnen sie auch den Sinn jeder redistributiven Politik und sozialer Leistung an die Schwachen. Diesem proklamierten „Unwissen“ gegenüber wird jedoch die zunehmende Tendenz moderner Gesellschaften festgestellt, das Wissen über Lebensumstände und Tätigkeiten ihrer Bürger vermittelt Informationen, die sie durch elektronische Mittel der Kontrolle und surveillance sammeln, kontinuierlich zu steigern. Bis zu einem gewissen Grad impliziert paradoxerweise die Behauptung von Bürgerrechten nicht die Vermehrung, sondern die Reduzierung von Wissen solcher Art (Nicht-Wissen der Verwaltungen als politischer Wert!). Diese Problematik stellt sich gleichzeitig als Frage der Reduzierung von Instabilität und Unsicherheit in der modernen Gesellschaft. Wenn man sagt, daß eine solche Reduzierung eher durch Solidarität und Autonomie als durch Trennung und Kontrolle erfolgen kann, fordert man eine Art Wissen für die Bürger, das von einer neuen Form der politischen Tugend für die modernen Gesellschaften nicht zu trennen ist.

Einheit des Wissens

Die heutige Diskussion über die Einheit des Wissens hat mit der Fragestellung der Aufklärung, die mit dieser Idee ernst machte, zu beginnen. Nach Kant kann das Fürwahrhalten, das Wissen heißt, eine willkürliche dogmatisch-metaphysische Gewißheit darstellen, und es ist eine Sache der Kritik, diese Art Wissen aufzuheben und dem „Glauben“ Platz zu machen. Der Glaube darf aber seinerseits nicht den Ergebnissen der Kritik widersprechen. Der Bezug von Kritik und Glauben verweist auf Teleologisches, das der kritischen Methode immanent ist. Einzelnes Wissen (Erkenntnisse) ordnet sich dem System der Wissenschaft ein, einzelne Erkenntnisse bilden ein organisches Ganzes, das durch eine Idee (Zweck) seine Einheit herstellt. Die dieser Idee gemäße Einheit der Mannigfaltigkeit der Teile ist *architektonisch* (d.h. sie folgt Prinzipien). Die Idee der vernünftigen Gliederung des Ganzen der Wissenschaften schließt die Idee des vernünftigen Zusammenhangs von Gründen und Folgen in sich ein. Sie beinhaltet darüber hinaus die Forderung nach vernünftigem Gebrauch von wissenschaftlichen Ergebnissen gemäß einer Idee der Einheit des spekulativen und des praktischen Vernunftgebrauchs.

Wenn Kant sagt, daß er das Wissen aufheben will, um dem Glauben Platz zu machen, meint er mit dem Begriff „Glauben“ gerade dieses System der architektonischen Ideen, die die Einheit von spekulativem und praktischem Vernunftgebrauch ausmachen. Wissen ist eingebettet in ein System von metaphysischen Ideen, die die Kritik fordert, damit eine befriedigende Darlegung des Verhältnisses zwischen Sittlichkeit und Glückseligkeit möglich wird. Heute wird von allen Seiten diese der Kritik zugrundeliegende Metaphysik als solche durchschaut und aus der Epistemologie entfernt. Im zeitgenössischen, arbeitsteiligen Aggregat von Wissensstrukturen und Wissensangeboten scheint kein Platz für die Bedürfnisse und die Postulate der Vernunft vorhanden zu sein. Was als Wissen en masse da ist, erscheint als Vielfalt zu einander asymptotisch sich verhaltenden Wissensstrukturen und Organisationsprojekten, als Bündel von Wissen, die sich neben vielen Arten von Glauben, einem wahren „doxastischen Pluralismus“ artikulieren. Und doch, trotz Metaphysikkritik, stellt sich erneut heute wieder die Frage nach der Einheit des Wissens, und zwar als eine Sache des Überlebens und dann des richtigen Lebens. Wir müssen wissen, wie die Dinge und die Handlungen zusammenhängen, von denen unser Leben, unsere Gesundheit, unsere vitalsten Interessen abhängen. Davon, wie „gnostisches“ Wissen (etwa Umweltvorstellungen einer Sekte religiöser Fundamentalisten) die Natur interpretiert, kann das Überleben ganzer Völker abhängen. Wir müssen eine Beziehung herstellen zwischen Alltagswissen, technischem Wissen, prudentiellem Wissen, gnostisch-religiösem Wissen und Reflexion über die Auswirkungen der herrschenden Formen von Denken und Handeln. Auch als sog. Pluralist kann man nicht umhin zu

fordern, daß die pluralen Versionen der Welt „nicht-verkehrt“ seien, und daß sie Standards der Richtigkeit genügen (Goodman, Sandkühler).

Die Standards der Richtigkeit, die wir fordern, beruhen auf unserer neuen kritischen Metaphysik, ohne die wir nicht auskommen können. Sie beziehen sich auf den hermeneutischen Horizont heutiger Menschen, die mitten in den Widersprüchen der heutigen Welt leben. Sie verweisen auf Normen der Toleranz, des freundlichen Zusammenlebens, der Gerechtigkeit, der Autonomie und der vernünftigen Gestaltung der Beziehung zur natürlichen Umwelt beim Gebrauch der technischen Produktionsmittel. Sie implizieren aber auch eine Kritik an der egoistischen und profitorientierten Verfaßtheit der Gesellschaft.

Was wird gewußt

Diese Frage scheint vielen ohne Gegenstand zu sein, weil sie im Kontext einer (szientistischen oder marxistischen) Widerspiegelungstheorie denken und davon ausgehen, daß eben gewußt wird, was sich an dem Gegenstand jedesmal neu zeigt. Lange Zeit war diese Vorstellung mit der Idee verknüpft, es würde nicht irgend etwas erkannt, sondern strukturierte Ganzheiten würden den Gegenstand unseres Wissens ausmachen. In der Folge schien diese strukturalistische Denkweise nicht mehr zu befriedigen, was dazu führte, daß der Prozeß des Wissens mit Inkohärenz, Dekonstruktion und Kontingenz in Zusammenhang gebracht wurde. Immer noch scheint es den Wissenstheoretikern unklar zu sein, wie sie mit Begriffen wie determiniert/indeterminiert oder Struktur/Destrukturierung umgehen sollen, und es stellen sich ständig neue unbequeme Fragen hinsichtlich des Verhältnisses von Wissen und Werten in zeitgenössischen Gesellschaften des Wissens, hinsichtlich des Erklärens von Handlungsabläufen und des Übersetzens zwischen verschiedenen Diskursen in ihnen. Oft wird das Selbstverständliche verdrängt, daß das, was gewußt wird, die schon existierende Form ist, oder – anders ausgedrückt – daß das, was „gesetzt“ wird, die Voraussetzung ist.

Was gewußt wird, reflektiert die Welt der multinationalen Unternehmen und der internationalen Märkte, die im Wandel begriffen ist. Ökonomie, Technologie, Kommunikation wandeln sich, und dies ergibt die neue Form des Wissens als Globalisierung, Flexibilität und Relativierung von normativem Rahmen. Die Wissensgesellschaft „weiß sich selbst“ als Ort der Dekonstruktion, der De-Regulierung und der Herstellung von Gleichgewichten mittels Zwangsverhandlungen. Jeder in dieser Gesellschaft weiß, daß Verantwortung und Solidarität nicht bestimmend für das Handeln sind, und daß, wenn auf solche

Werte rekurriert wird, diese Ideen den Akteuren als Dogmatisierungen oder Irrationalitäten gegenüberstehen.

Das Wissen in der Wissensgesellschaft ist Wissen über eine Gesellschaft, die ihrem eigenen Anspruch, Gesellschaft von Freien und Gleichen zu sein, nicht genügt. Die Akteure erfahren die Mechanismen der Implementierung der Werte der Aufklärung als ohnmächtig, ihre Funktion zu erfüllen; die Berufung auf solche Werte wird lediglich als Mittel identifiziert, Herrschaft einiger Akteure über andere herzustellen und zu sichern. Die Wissensgesellschaft beansprucht, auf freien Vereinbarungen zu basieren, doch jeder in ihr weiß, daß Voraussetzung und Resultat der Vereinbarungen die Auflösung von Bündnissen und die Reproduktion von Konflikt und Zynismus einerseits, von Moralismus andererseits sind. Jeder Akteur weiß, daß jeder andere jederzeit bereit ist, sich vom Standpunkt der Verantwortung und Kooperation sofort in den Standpunkt der Atomisierung und der Nicht-Verantwortung zu begeben, und daß die gesellschaftlichen Formen und Institutionen sich im Prozeß der Aufgabe solidarischer, autonomer und kooperativer Verhaltensweisen und in Reaktion auf diese Erfahrung konstituieren. Die Herstellung von kalkulierbaren, positiven Fakten, die gespeichert und weitergeleitet zum allgemeinen Wissen werden können, setzt diesen Prozeß der Aufhebung / der Aufgabe voraus. Die Wissenschaft weiß sich als Aggregat von atomistischen Standpunkten, als Verallgemeinerung des Perspektivismus. Im Vollzug dieses Perspektivismus werden aber auch die normativen Bedingungen relativiert, die der Vorstellung der Aufklärer Rousseau und Kant gemäß unabdingbar waren, damit der Atomismus neben anderen Atomismen bestehen kann. Man weiß, daß diese Bedingungen eigentlich nichts Heiliges an sich haben, wie die Aufklärer meinten. Warum sollte man keine „neue Verfassung“ (Buchanan) fordern, in der es z.B. weniger Gleichheit, dafür aber mehr Freiheit für die Reichen gibt?

Neues Wissen wird gegen altes ausgespielt

In der Wissensgesellschaft werden Wissen und Information auf der Grundlage von ad-hoc-Modellen interpretiert, geordnet, strukturiert und kombiniert. Ergebnis der Forschungstätigkeit ist immer „neues“ Wissen, das auf keiner stabilen und sicheren Basis schon vorhandenen Wissens ausgewertet wird (das wäre ja dogmatisch), sondern immer auch die Auswertungskriterien mit setzt. Dieser Konzeptionalismus der Wissensgesellschaft entspricht natürlich dem Bedürfnis, Wissen für alle möglichen Zwecksetzungen disponibel zu halten und einzusetzen, zerstört jedoch die Möglichkeit vom Wissen als einer verbindlichen Verständigungsbasis, auf deren Grundlage über die Relevanz und den Gebrauch neuen Wissens vernünftigerweise diskutiert und entschieden

werden kann. Es scheint, als ob die Praxis der Wissensgesellschaft das neue Wissen gegen das alte ausspielt, als würde durch jenes neue Wissen jedes vergangene Interpretationswissen hinfällig und nutzlos werden. Die Forschenden tun so, als wüßten sie nichts über die Natur des Jetzt und als würden sie erst jetzt vermittelt ihrer frischen Forschung etwas darüber neu lernen. Sie verdrängen auf diese Weise die existierende Erfahrung über die Welt und über das Wissen, sie verdrängen ihren eigenen Wertebezug und das Wissen darüber, daß durch dessen ständige Negierung die existierenden sozialen Formen konstituiert werden. Natürlich weiß ich, was bei der Konstitution einer Welt, in der Geld und Objekte die sozialen Beziehungen regeln, vorausgesetzt wird. Ich weiß, daß dies eine Welt des Antagonismus, des Atomismus und der Kündigung von Solidarität ist, eine Welt der Nicht-Kooperation und der Heteronomie. Daß die Welt ist, wie sie ist, bedeutet, daß sich die Reproduktionsbedingungen des sozialen Lebens weiterhin unter den existierenden sozialen Formen herstellen, für die die durch Eigentumsrechte herbeigeführten Trennungen zwischen den Akteuren Abhängigkeit, soziale Ungleichheit und eine Gestaltung der Mensch-Natur-Verhältnisse, die zu Umweltkatastrophen und Zerstörung der Grundlagen künftigen menschlichen Lebens führen kann, charakteristisch sind.

Unser Wissen von diesen Realitäten ist Ergebnis der vorangegangenen Erfahrung der Menschheit, die wissenschaftlicher und praktischer Natur ist. Was wir schon wissen, ist Teil der Erfahrung, die für die sinnvolle Einordnung neuen Wissens vorausgesetzt wird. Sie bezieht sich auf die Differenz zum bloßen Wissen von Bedingungen, indem sie Erfahrung ihrer ungerechten Verfaßtheit ist. Ohne diese Differenz wird Bedingungen-Wissen zur Ideologie, zum falschen Bewußtsein.

Die Gefährdung, das Wissen, die Werte

Für eine Wissensgesellschaft ist es unablässig, über ihre eigenen Reproduktionsbedingungen Bescheid zu wissen, und darüber hinaus Wissen über die Natur ihres Wissen zu besitzen. Eine Theorie der Bedingungen des gesellschaftlichen Lebens befaßt sich mit den ökonomischen Voraussetzungen der Fortsetzung des Lebens (Eigentum, Arbeit), aber auch mit den politischen, rechtlichen, wissenschaftlich-technischen und kulturellen Bedingungen, die das Handeln, das zur Reproduktion der Gesellschaft führt, bestimmen. In der Tradition von Marx und Polanyi wissen wir, daß durch die antagonistische Form der Gesellschaft die Reproduktionsbedingungen des gesellschaftlichen Lebens ständig gefährdet sind. Das Wissen von dieser Gefahr ist substantielles Wissen für die Gesellschaft und geht mit dem politischen Bewußtsein

und der politischen Praxis einher, die zum Ziel hat, dieser Gefährdung entgegenzuwirken.

Charakteristisch für die zeitgenössische Wissensgesellschaft ist das historisch einmalige Anwachsen der Gefährdung der sozialen Lebensbedingungen durch die enorme Entwicklung der technischen Produktivkräfte und der Wissensressourcen (vgl. N. Stehr). Hier findet kontinuierlich der genannte Übergang von der gefährdeten Bedingung zum Bewußtsein der Notwendigkeit der Praxis, die der Gefahr entgegenwirken soll, statt. Bei diesem Übergang handelt es sich eigentlich um einen Prozeß des sozialen Wertewachstums, da die gefährdete Lebensbedingung praktisch mit einem konsensfähigen „Wert“ des sozialen Kollektivs zusammenfällt. (Freilich wird dieser Wert sofort wieder – meistens indirekt – in Frage gestellt seitens der diversen egoistischen Parteien, die eine Implementierung suchen, die ihren Interessen nützt.) Es ist unsere Chance, daß die Wissensgesellschaft uns zu einer rationalen Theorie der Werte verhilft. In der Soziologie von Weber bis Luhmann galt dies als ein Unding. Die gesellschaftlichen Werte beziehen sich auf die gefährdeten Bedingungen des Überlebens, der Gesundheit, der Würde, der Gerechtigkeit, der nicht-zerstörten Natur.

Viele latente Reproduktionbedingungen der Gesellschaft „aktivieren sich“ während des Prozesses ihrer Gefährdung, d.h. sie werden den Akteuren bewußt (sie werden zum Teil ihres Wissens und ihrer Axiologien). Daraus resultiert die Einsicht in die Notwendigkeit von Institutionen und Regulierungen, und die Bereitschaft des politischen Engagements zu diesem Zweck kann wachsen.

Nach dem hier Gesagten ergeben sich mehrere Ebenen des Wissens:

- Wissen über technische Arrangements, die in maschinellen Systeme standardisiert werden, die Produktion, Konsum, Information etc. ermöglichen. Diese Systeme können vermittels der Märkte allgemein in Gebrauch genommen werden.
- Wissen über Marktbedingungen, über Nachfrage und Angebot und über Möglichkeiten des profitablen Einsetzens des Wissen vom Typ (a).
- Wissen über die Gefährdungen, denen durch die Art der Gesellschaftsorganisation, der Natur der Technik und der Art ihrer Verwendung die Gesellschaft ausgesetzt ist.
- Wissen, das auf die Institutionen und Normen bezogen ist, die sich anbieten, um den Gefährdungen entgegenzuwirken. Auch Wissen über die Natur der politischen Konflikte, die sich an den alternativen Regulierungen

und Normen entzünden können, und über die Möglichkeiten der Konsensbildung und des Widerstands.

Wissen und Vernunftnormen

Über die Bedeutung der Behauptung, daß vernünftige Normen zu den wesentlichen Reproduktionsbedingungen der Wissensgesellschaft gehören, wird heute wohl kaum direkt diskutiert. Viele Menschen in den heutigen Gesellschaften haben jedoch die Erfahrung gemacht („gelernt“), daß zu den Bedingungen der gesellschaftlichen Reproduktion und des Überlebens nicht nur Ökonomie und Technik gehören, sondern auch Kommunikationspraktiken und Normen, die in vernünftiger Weise das Verhältnis der technischen Maschinerie zur Gesellschaft und zur Natur regeln sollen. Es ist heute besonders auf die spezifische Umkehrung des Verhältnisses zwischen ökonomisch-technischen einerseits und normativen Bedingungen der Reproduktion der Gesellschaft andererseits hinzuweisen. Teil des Wissens heutiger Menschen ist auch die Tatsache, daß die technische Maschinerie keine neutrale Größe darstellt, die nach Belieben mit den unterschiedlichsten institutionellen Rahmen (z.B. freiheitlicher vs. autoritärer) kombiniert werden kann, sondern daß freiheitliche und demokratische Normen die Bedingungen darstellen, damit technische Arrangements und Maschinensysteme nicht zur Gefährdung des sozialen Lebens führen und zu Destruktivkräften werden. Die Existenz freier Kommunikationsmittel in der Demokratie stellt z.B. eine Bedingung dar, damit Informationen bezüglich möglicher Schäden und Risiken in einem Atomkraftreaktor rechtzeitig an die Öffentlichkeit gelangen. Demokratie ist notwendig für die Abwendung von nuklearem Tod. (In einem diktatorischen Regime dagegen würden die Funktionäre, um für die Schäden nicht verantwortlich gemacht zu werden, die Information der Öffentlichkeit vorenthalten.)

Im Gegensatz zum Modell von Th. Hobbes aus dem 17. Jahrhundert, wonach freies Handeln zum allgemeinen Krieg und zur Zerstörung der Gesellschaft führen würde, wissen wir heute, daß in unseren Gesellschaften die Reproduktion des sozialen Lebens nur durch freie Normen gesichert werden kann; wir wissen auch, daß einige „marxistische“ Sichtweisen, die Freiheit und Gleichheit ausschließlich als Bedingungen der Ausbeutung interpretieren, ohne die Problematik von Normen der Freiheit und Gleichheit als Bedingung der menschlichen Existenz auf diesem Planeten zu thematisieren, in die Irre führen. Die Herstellung dieser Bedingungen setzt die Koordination von Wissen und Handeln durch eine aktivierte, informierte und souveräne Öffentlichkeit voraus. In diesem Koordinationssystem werden die Bedingungen des gesellschaftlichen Lebens zur Diskussion gestellt und hierarchisiert, und die Gefährdungen eingeschätzt, denen die gesellschaftlichen „Werte“ (Leben,

Gesundheit, Sicherheit, Demokratie) ausgesetzt werden; es wird über Handeln, Autonomie und Normen der Freiheit und der Gerechtigkeit entschieden. Ein solcher Koordinationsprozeß muß von den Menschen heutiger Gesellschaften „gelernt“ werden – auch in diesem Sinne sind diese Gesellschaften „Wissensgesellschaften“. Die vorhandenen Formen des Wissens stören systematisch diesen Lernprozeß; solange jedoch diese Lektion nicht gelernt wird, werden sich die Unsicherheit und die Gefahr in den Wissensgesellschaften fortsetzen.

Wissen und Erklären

Vielleicht führen uns Gedanken wie die oben dargelegten dazu, noch einmal zu reflektieren, wie wir das, was wir wissen, erklären. Die Tatbestände in der Wissensgesellschaft lassen sich nicht nach Hempel / Oppenheim erklären. Zusammenhänge und Tatsachen wissen und sie erklären, kann heute nur in bezug auf die Gefährdungen der Lebensbedingungen und der Umwelt durch die der Gesellschaft eigene Organisationsform geleistet werden. Unser Wissen von diesem Zusammenhang fällt mit der Rekonstruktion des Grades zusammen, in welchem soziale und kommunikative Beziehungen hergestellt worden sind, und in welchem die Bürger Zugang zur Information haben. Transparenz herstellen und kompetente Kritik an administrativen, ökonomischen und technischen Handlungsabläufen bezüglich dieses Zusammenhangs üben können, was von einem Vorgang gewußt und wie er erklärt werden kann, setzt diese Rekonstruktion voraus. Die Erklärung eines Vorgangs rekuriert auf die kritische Untersuchung der Beziehung von „privat“ und „öffentlich“ in der Gesellschaft, in welcher sich der Vorgang ereignet, auf die Qualität der Demokratie und die Fähigkeit der Bürger, mit den funktionellen und technischen Problemen ihrer Gesellschaft politisch fertig zu werden. Eine Idee vernünftiger Beziehungen zwischen den Menschen und zur Natur wird in jedem solchen Wissen und Erklären antizipiert. Erklären von (x) – z.B. einer Meeresverschmutzung – ist nicht möglich, ohne Rekonstruktion der Gründe für das Nicht-Zustandekommen von engagiertem Widerstandshandeln, dessen „Ergebnis“ (x) ist (Ergebnis des Nicht-Zustandekommens eines solchen Handelns). Das Erklären einer Maßnahme – etwa der Privatisierung einer Gemeindeschule – erfolgt aus dem Scheitern kollektiver, solidarischer Verwaltung, dessen „Ergebnis“ die Maßnahme war.

Das Wissen von einem Tatbestand ist vielfach Wissen von kausalen Ketten, von strukturierten Aktionen und Ordnungen von Handlungsabläufen, die jeweils die Hemmung bzw. Förderung von Lebenschancen und Werten des Überlebens, der Gesundheit, der Würde und des Glücks vieler Menschen bewirken. Die Organisationsformen von besonderen Handlungsketten können Bedingungen des gesellschaftlichen Lebens zerstören oder Widerstand zu einer solchen

Zerstörung leisten und einen politischen Kampf initiieren, um diese Bedingungen wiederherzustellen. Es ist Bestandteil unseres heutigen Wissens, daß die auf globaler Ebene die Zerstörung der Lebensbedingungen herbeiführenden Kausalketten in direkter Weise aktiviert werden, und zwar als unmittelbares Ergebnis von kommunikativen Beziehungen, die durch Interessen, Geld und Märkte hergestellt werden. Dagegen werden die Kausalketten des Widerstands und der Abwehr angesichts der Zerstörungsketten nicht unmittelbar hergestellt, sondern erfordern Wissen, Information und Mobilisierung in einer Welt, in der Information und Mobilisierung dieser Art vielfach (und zwar aus strukturellen Gründen) zurückgestellt und verschwiegen werden – während in demselben Augenblick die universelle Expansion von Information zur eigenen Reproduktion dieser Welt gebraucht wird. Unser Wissen von den gesellschaftlichen Zusammenhängen ist unvollständig und die Erklärung sozialer Wirklichkeit unvollendet, solange sie sich nicht auf die Probleme der Überwindung der Trägheit und der Atomisierung beziehen – Probleme, die sich bei dem Versuch ergeben, soziale Handlungsketten zu konstruieren, die sich nach einer gerechten, nicht ausbeuterischen und nicht-destruktiven Welt orientieren.

Wissen und Indeterminiertheit

Die heutige Forschung über die Wissensgesellschaft bringt diese Gesellschaft mit Begriffen wie Indeterminiertheit und Kontingenz in Zusammenhang (vgl. Stehr, S. 308-316). Nach dieser Theorie ist die Kontingenz dem Wissen immanent und sie wird in die Beziehungen, in die Wissen eindringt übertragen. Diese These unterscheidet sich klar von den Thesen der Post-Modernisten (Lyotard, Rorty), die das Kontingente direkt auf die Gesellschaft selbst, auf in ihr ständig sich ergebende asymptotische Kontexte und ablaufende Diskurse beziehen, die nicht aufeinander abgestimmt sind. Dadurch, daß Wissen in kontingente Konstellationen von Diskursen eingebettet wurde, sollte vermieden werden, daß neues Wissen auf vorgelagertem, tradiertem und dogmatischem Wissen gründete. Resultat dieses Vorgehens war jedoch eine relativistische Sichtweise des Problems der Kontingenz. Im Gegensatz dazu hat die Tradition der Kritischen Philosophie von Montaigne bis Kant versucht, das Kontingente für die Sache der kritischen Vernunft zu gewinnen und einzusetzen. Jede Form der Bestätigung von Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnissen, die die Realisierung einer Gesellschaft Freier und Gleicher verhinderte, sollte demnach nicht als notwendig, sondern als kontingent gelten. Als indeterminiert wurden Beziehungen aufgefaßt, die menschliches Leben erniedrigten und entfremdeten. Die einzig mögliche Form der Determiniertheit konnte demnach nur durch vernünftig-kritisches Denken

und eine Praxis erfolgen, die die Erniedrigung beenden (und so die Indeterminiertheit aufheben) würde.

Kritische Argumente dieses Typs stellen die strukturalistischen Konzeptionen in Frage, indem sie nachweisen, daß sie auf „kohärente“ Ganzheiten zurückgreifen, deren „Kohärenz“ durch Praktiken der Herrschaft und der Ausbeutung hergestellt wird. Im Kontext dieses kritischen Arguments werden kausale Ketten des Handelns, die so verknüpft sind, daß die Bedingungen des Lebens, der Gesundheit und der Würde des einen Mittel zur Bereicherung des anderen darstellen, als instabil und indeterminiert betrachtet. Diese Indeterminiertheit perpetuiert sich solange wie die antagonistischen Beziehungen zwischen den Akteuren, die sie verursachen, nicht beseitigt werden.

Die theoretische Perspektive, die sich hier anbietet, erlaubt uns, eine Reihe paradoxer und antinomischer Modelle der Sozialwissenschaften kritisch zu reformulieren. Sowohl das Nicht-Wissen bezüglich der Natur der gesellschaftlichen Aggregate, als auch die Indeterminiertheit und das Scheitern rationaler politischer Interventionen Keynesschen Typs, die in solchen Modellen postuliert werden, können vom Standpunkt der Kritik als Ergebnisse derjenigen historischen Form von gesellschaftlichen Aggregationen interpretiert werden, die vermittels der Atomisierung der Akteure und der Nicht-Herstellung von Beziehungen von Vertrauen und Koordination unter ihnen entstehen. Entsprechend können Modelle, die in den Sozialwissenschaften sehr verbreitet sind, wie die des „Gefangenen-Dilemmas“ oder Paradoxe nach Arrow, Downs und Hirschman, kritisch auf soziale Beziehungen zurückgeführt werden, die Kommunikation, Verständigung und Solidarität unter den Akteuren ausschließen. Auch hier geht die Indeterminiertheit von Wissen und Handeln in dem Grade zurück wie in der Zivilgesellschaft die Kommunikation, die Informiertheit und Vertrauensbeziehungen hergestellt, erweitert wird.

Wissen, Kommunikation, Übersetzbarkeit

Die Besonderheit zeitgenössischer Wissensgesellschaften wird vielfach auf die Art zurückgeführt, wie Kommunikation in ihnen hergestellt wird und wie einzelne symbolische Systeme in diesen Gesellschaften vom Standpunkt anderer symbolischer Systeme übersetzbar gemacht werden. Mit der Klärung von Fragen dieser Art scheint auch das Problem der Verbreitung des Wissens und des Bezugs der Wissens- und Informationsressourcen auf Wertsysteme zusammenzuhängen. Eine These wie die der Indeterminiertheit der Übersetzungen (Quine) würde, auf heutige Wissensgesellschaft angewandt, eine relativistische Einschätzung der Möglichkeiten des Wissens, das den Menschen in diesen Gesellschaften zu Verfügung steht, bedeuten. Andererseits würden die Versu-

che, die in diesen Gesellschaften die Beseitigung des Relativismus zum Ziel haben, immer Gefahr laufen, dogmatische Übersetzungspraktiken zu adoptieren und so Differenzen innerhalb des Wissens zu eliminieren.

Die Aufklärung und die in ihrer Tradition stehenden Gesellschaftstheorien haben Lösungen erarbeitet, um Inkompatibilitäten bei der Übersetzung zwischen verschiedenen sozialen Diskursen zu überbrücken. Rousseau dachte z.B., daß es im Falle der Inkompatibilität bei der Artikulierung von politischen und sozialen Interessen und Argumenten in der Gesellschaft möglich wäre, normative Voraussetzungen zu benennen, die für alle Akteure bindend seien (*volonté générale*) und bei deren Berücksichtigung eine Art Gemeinsamkeit (eben Übersetzbarkeit) zwischen differierenden Ansprüchen hergestellt werden könnte.

Solche "transzendentalen" Voraussetzungen (z.B. Freiheit und Gleichheit) werden auch bei Kant als Positionen, die die Vernunft einnimmt, identifiziert und den Positionen der Sinnlichkeit, des Egoismus etc. gegenübergestellt. Der Streit zwischen Standpunkten führt zu Indeterminiertheit, die aber im Interesse der Vernunft entschieden wird. (vgl. Kants „Streit der Fakultäten“). Das Vernunftargument stellt hier sowohl das Argument einer Partei als auch die meta-theoretische Reflexion über freies und gerechtes Handeln, das allen Positionen gemeinsam sein soll, dar. Das zeichnet Kant-sche typische Strategie gegen den Relativismus aus. Kant dachte, daß ein solches Vernunftargument notwendig ist, damit Kommunikation und Übersetzbarkeit zwischen heterogenen Praktiken und theoretischen Ansprüchen hergestellt werden könnte. Da aber ein solches Argument mit Hindernissen konfrontiert ist, die sich auf die Struktur, die Hierarchien und die Herrschaftsformen beziehen, die jenen Praktiken eigen sind, so scheint der Akt der Übersetzung/ Herstellung von Kompatibilität unter Bedingungen inkompatibler Ansprüche mit dem Akt der Destabilisierung der ausbeuterischen und herrschaftlichen Bedingungen zusammenzufallen, die für die Fortsetzung instabiler und inkompatibler Verhältnisse verantwortlich sind.

Das Wissen davon, daß die durch Herrschaft zustande gekommenen Strukturen keine Stabilität aufweisen, weil sie ein freies und würdiges Leben der Beteiligten verunmöglichen, führt zu dem Ergebnis, daß erst durch die Abschaffung dieser Strukturen Stabilität, Vertrauen und solidarische Beziehungen zwischen den Gesellschaftsmitgliedern hergestellt werden können. Dieser Umstand hat aber entscheidende Konsequenzen für die Formulierung einer „Theorie der Übersetzung“ zwischen sozialen Diskursen. Damit untersucht werden kann, wie Vergleichbarkeit und Übersetzbarkeit zwischen Ansprüchen in einer Gesellschaft bzw. zwischen Parteien in verschiedenen Gesellschaft-

ten hergestellt werden, ist es notwendig, zwei Aspekte zu klären: 1. Auf welche Weise vermittelt Herrschaft und Exploitation Differenzen verdeckt und unter vereinheitlichende Subsumptionsschemata gebracht werden, wodurch ihre „Kompatibilität“ mit diesen Schemata hergestellt wird. 2. Wie sowohl innerhalb der Subsumptionsmechanismen als auch von der Seite der zu subsumierenden Differenzen Widerstände entstehen, die die Mechanismen von Herrschaft und Exploitation instabil machen, und auf welcher Weise solche Widerstände von mehreren Seiten koordiniert werden können. Die Probleme einer solchen Koordination sind aber ein wesentlicher Bestandteil einer kritischen Theorie der Übersetzung, die ihrerseits wesentlicher Bestandteil einer kritischen Theorie der Wissensgesellschaft ist.

Die Herstellung von Kohärenz bezüglich unseres Wissens der Verhältnisse in unserer heutigen Welt schließt beide angeführten Aspekte ein. Sie setzt Wissen über die Mechanismen voraus, die Inkompatibilität (Nicht-Verständigung) verursachen und gleichzeitig – indem sie Zwangsverständigung herstellen – in autoritativer Weise aufheben, d.h. sie setzt Wissen über die großen Finanzorganisationen, Korporationen, die ökonomischen, politischen und militärischen Organisationen voraus, die auf globaler Ebene operieren und direkte und indirekte Macht in den Bereichen Überleben, Gerechtigkeit, Mensch-Natur-Verhältnis ausüben. Sie setzt gleichzeitig Wissen darüber voraus, wie und wo diesen Mechanismen Widerstand entgegengesetzt werden kann, wie in ihnen Indeterminiertheit hergestellt werden kann. Das würde für die Bürger auf der ganzen Welt einen Zugewinn an Souveränität bedeuten.

Literatur

Arrow, K. J., 1963: Social Choice and Individual Values, Paris: Maspero

Downs, A., 1957: An Economic Theory of Democracy, New York: Harper

Giarini, O., Stahel, W., 2000: Die Performancegesellschaft, Marburg

Hayek, F. A., 1979: The Counter-Revolution of Science. Studies in the Abuse of Reason, Indianapolis: Liberty Press

Hirschman, A. O., 1970: Exit, Voice and Loyalty, Cambridge, MA: Harvard University Press

Holloway, J. 1998: Dignity's Revolt, in: J. Holloway, E. Pelaez (Hrsg.), Zapatista. Reinventing Revolution in Mexico, London: Pluto

Luhmann, N., 1990: Die Wissenschaft der Gesellschaft, Frankfurt a. M.

Luhmann, N., 1995: Was ist Kommunikation, in: Der., Soziologische Aufklärung, Bd. 6, Opladen

Menger, C., 1970: Untersuchungen über die Methode der Sozialwissenschaften und der Politischen Ökonomie insbesondere, Tübingen: Mohr/Siebeck

Poltermann, A., 2001: „Wissensgesellschaft“- Thesen und Themenfelder, in: www.bildung2010.de

Psychopedis, K., 1991: Crisis of Theory. Problems of Reconstruction, in: W. Bonefeld, J. Holloway (Hrsg.), Postfordism and Social Form, London: Macmillan

Psychopedis, K., 2000: New Social Thought: Questions of Theory and Critique, in: W. Bondefeld, K. Psychopedis (Hrsg.), The Politics of Change. Globalization, Ideology and Critique, New York, 71-104

Sandkühler, H. J. (Hrsg.), 1996: Die Einheit des Wissens, Zentrum Philosophischer Grundlagen der Wissenschaften, Universität Bremen

Stehr, N., 2000: Die Zerbrechlichkeit moderner Gesellschaften, Weilerswist

Stehr, N., 2001: Wissen und Wirtschaften, Frankfurt a. M.

Weber, M., 1922: Wirtschaft und Gesellschaft, Tübingen: Mohr/Siebeck

Kosmas Psychopedis: Antinomien der Wissensgesellschaft

Textbeitrag zum Kongress "Gut zu Wissen", Heinrich-Böll-Stiftung, 5/2001